





Sankt und der Regierung niederzulegen. Die National-Liberalen wurden vom Redner treffend charakterisiert, desgleichen die Freisinnigen, die nichts weniger als arbeiterfreundlich seien. Mit der energischen Aufforderung, am 16. Juni nur einem Manne die Stimme zu geben, der Genüß dafür bietet, daß er sich für die Rechte des arbeitenden Volkes einsetzt, schloß Hänslich seine oftmals von Beifall unterbrochenen, insaltrischen und trefflichen Ausführungen.

In die Diskussion griff ein Freisinniger, Herr Runge ein. Er meinte, die Verteidiger müßten wohl haben, um dem Staate Einnahmen zu verschaffen, er sei zwar Gegner hoher Börsen, aber ganz könne man dieselben nicht abschaffen. Die Arbeiter müßten für die Fülle eintreten, denn dadurch hätten sie freie Beschäftigung. Es sei falsch, wenn die Sozialdemokraten sich nicht als Deutsche fühlten u. s. w. Ihm erwiderte Genosse Biele, und wies nach, wie leicht es sei, ohne die Böse auszusprechen. Es sei auch daran nicht zu denken, daß jemals eine Verhöhnung der Klassen zu Stande käme, es gäbe nur ein Heben und Erleben.

Genosse Hänslich widerlegte gleichfalls die Ansichten des freisinnigen Redners und trat nochmals warm für Kauter ein. Dann meldete sich ein Herr Rixten, der sich tonlos hingewandt, daß die Verammlung aus dem Laden nicht herauskam und schließlich, nachdem er zweimal gesprochen hatte, unter allgemeiner Beifallsstürme endete.

Genosse Weiskamm legte einige Irrtümer des Rixten klar und ermahnte dringend die Parteigenossen, sich nicht in Siegeszuversicht zu wiegen, sondern den letzten Mann am 16. Juni zur Wahlurne zu schleppen, damit wir gleich im ersten Wahlgange den Sieg davontragen. Sodann erfolgte um 12 Uhr Schluß der ausgezeichnet verlaufenen Versammlung.

**Sozialdemokratische Wähler-Versammlungen** finden statt am Sonnabend abend in der „Schönburg“ in Trotha, am Sonntag nachmittags 3 Uhr in Orlau in „Gasthof zur Heide“, in Halle im „Restaurant „Preßlers Berg“ bei Weßner am Sonntag abend, im „Kongresshaus“ in Halle am Montag abend. In allen Versammlungen wird Frau Kähler aus Hamburg sprechen. Die Ankündigungen in der getriggen Nummer sind deshalb, wie hier mitgeteilt, zu berichtigen.

Eine **Dugenderversammlung** fand Donnerstag abend in Riemberg statt. Zahlreiche Kandidaten aus der Umgebung waren erschienen. Herr Dugend wiederholte seine Rede und erklärte in derselben mehrfach, daß er im nächsten Jahr ein gewinniger Feind der Sozialdemokratie sein würde, wenn er nicht die Mittelhand wollte er besser, den Handwerker und die Arbeiter auch; so hat er jedem sein soziales Kampfbildnis. Da seine Hände nicht gegen die Sozialdemokratie seine Grenzen konnte und er mit den verächtlichen Vorkämpfern hantieren ging — die Sozialdemokratie, so jagte er, wolle die Ehe abschaffen, das Eigentum wegnehmen u. s. w. — meinetlich hat die Genossen Heiland und Biele in der Debatte zum Wort. Der gelehrte Geheimrat fürchtete sich indes samt seiner Dugenderbande vor den Erwidrerungen anderer schickten Arbeiter bereit, daß der letzte Sozialdemokrat das Wort nicht erteilt wurde. Der Oberbürger des Sozialisten, Herr Gutschäcker Meißel aus Eismannsdorf, forderte zum Schluß die Kandidaten vor zum gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinsamen Feind die Sozialdemokratie. Wenn alle Reichstagswähler des Sozialisten so sind, so geht nicht weiter wie Herr Meißel und die Seinen, dann würde es mit den Wahlansichten des Herrn Dugend um einige hundert Prozent besser, als es tatsächlich der Fall ist.

**Zeit-Weisheitsfeld - Naumburg.**

**Wer ist Herr Dippe, und was trägt sein Wort?** Gegenüber den unanschätzbaren, offenen Eingeständnissen des vereinigten Reaktionsgebühls, daß es die beständige Brotverweigerung, die Beilegung des bestehenden Wahlrechts, die Beschränkung der Freizügigkeit und die Aufhebung der Koalitionsstreikverbot, glauben manche, die für die Wahl des Herrn Dippe eintreten, darauf verweisen zu können, daß er erklärt habe, er wolle diese Rechte nicht antasten. Das ist nun erweislich gar nicht wahr, denn Herr Dippe drückt sich um diese Fragen herum wie die Kugel um den heißen Brei. Dann aber würde eine solche Erklärung nicht den mindesten hindernden Wert haben. Nicht nur, sondern Tausende von zähen Isekeln sich zusammenfragen, daß die Kandidaten der Regierungsparteien vor den Wahlen das und jenes gelobt und Stein und Bein versprochen haben, sie würden u. u. und zu sprechen und stimmen; sich der Mann aber erst im Reichstage, dann bald alle Verprechungen vergesen. Wer ist denn Herr Dippe? Er ist politisch eine vollendete Null. Wenn er auf keinen Bid hin sagen müßte, ob er auch nur seine kleine Kandidatenliste vollständig selbst gemacht hat, so würde er wohl selbst diese Frage verneinen müssen. Herr Dippe hat sich bis jetzt damit beschäftigt, ein Bauerzeug nach dem andern seinem Rittergutsbesitzer einzunverleiben; er behauptet seine Deute fleißig aufhängen und grüßt auf der Straße die ihm Gegenwärtigen. Damit ist seine Bedeutung aber auch erschöpft. Sollte ein Wähler wirklich so naiv sein zu glauben, ein solches parlamentarisches Kind könnte irgendwas bestimmen auf die Verstreutungen der Sozialdemokratischen Partei einwirken? Keine wie kann's, Mißbrauch und Honorieren ließen sich von einem Dippe beeinflussen? Es müßte ein Wähler, der das annehmen würde, mehr als naiv sein. Herr Dippe ist vom Bund der Landwirte aufgestellt worden. Er ist ihm mit Haut und Haaren verkauft. Seine Worte ändern daran nichts. Er würde, käme er in den Reichstag, nach der Pfeife der Oberbündler tanzen müssen. Und er würde, widersprüche dazu seine Haltung der jetzt gehaltenen Kandidatenrede, genug Hintertischen finden, durch die er sich mit Herrn und Aber zurückziehen könnte. Das ist, wie gesagt, nicht erst hundertmal schon dagewesen, sondern Tausende Male. Nichts wäre also wichtiger, als sich auf die Worte eines Bündlerlandwärtigen vor der Wahl verlassen wollen. Man denke an die

Wahlen von 1878, 1884, 1887, 1890 und 1893. Jede derselben giebt uns recht. Wasgehend für die Gewählten ist lediglich das Programm ihrer Partei. Und dieses Programm lautet dem Bund der Landwirte wie bei den Kongressen auf Erhöhung der Volksteuern und der Ermäßigung der Volkrechte. So war es, so ist es, so wird es bleiben. Herr Dippe als neugeborner Politiker wäre wohlthätig nicht der Mann, den schämigen Strom der agrarischen Unzufriedenheit in ein anderes Bett zu leiten. Da kriegt er die Force noch lange nicht heraus.

**Als freisinniger Kandidat** ist bekanntlich Herr Rittergutsbesitzer Rogland in Holzgörsch trotz seiner ernsthaften Absichtung nochmals aufgestellt worden. Die für seine Kandidatur eintretenden Blätter unseres Wahlkreises schreiben vorige Woche, Herr Rogland wäre infolge eines Infuzus anfalls nicht selbst zu den Wählern sprechen. Die Wahrheit ist indes, daß Herr Rogland, der im Alter von 78 Jahren steht, schon seit vorigem Jahre kranktelt bezw. **wirklich krank ist.** Im Winter hat er mehrfach der Befürchtung Ausdruck gegeben, er werde den Sommer nicht erleben, und erst nach am Pfingstsonntag ist er hingefallen und hat sich im Gesicht verletzt. Es ist einfach quassam, einen solchen Mann moralisch zu zwingen, eine Kandidatur zu übernehmen, um einen Mann „mit Namen“ zu haben. Ist denn unter den 5317 Wählern, die bei der vorigen Wahl freisinnig stimmten, nicht ein zweiter Mann zu finden, der die Kandidatur übernehmen könnte? Oder was, da es sich im günstigsten Falle nur um eine Wahlhandlung handeln kann, nicht ein auswärtiger Parteifreund aufzutreiben? Wir wiederholen: Es ist grauam, einen 78-jährigen kranken Greis zur Uebernahme einer Kandidatur zu nötigen, und die freisinnigen Führer unseres Kreises haben sich dadurch nach doppelter Richtung ein Armutzeugnis ausgestellt. Hoffentlich gehen die 4500 Arbeiter, die 1893 noch freisinnig stimmten, die einzig richtige Lehre daraus und stimmen gleich im ersten Wahlgange sozialdemokratisch, damit eine Stimmenzerpflünderung vermieden wird und die Aufregung und die Kosten einer Stichwahl dem Kreise erspart bleiben. Der Freisinn ist nun einmal in unserem Kreise im Verschwinden und kann nicht mehr zum Leben erweckt werden. Jeder Wähler hat zu entscheiden, ob er dem Bündler und Brotverweurer Dippe oder dem Sozialdemokraten die Stimme geben will.

**Mansefelder Kreise.** Das **Verzeichnis** der Wahlbezirke für den Mansefelder Kreis ist nun ebenfalls veröffentlicht worden. Es sind deren 86, unter denen sich in rühmlicher Unterabteilung zum Gebirgskreis nur ein Amtsbureau (Gutschäcker Helmsdorf) und eine Schule (Bellewig) befinden, die andern 84 Wahllokale sind Gutschäcker. Der Gebirgskreis wies, wie wir schon berichtet haben, unter 57 Wahlbezirken nicht weniger als 53 auf, in denen das Wahllokal in die Schule verlegt worden ist.

**Eltenburg. Delitzsch-Bitterfeld.** Gleich im Mikroskop hat sich Herr Bauermeister für seine Verammlung bestellt, die er am nächsten Sonntag nachmittags 4 Uhr im schmärgen Adler hier abhalten will, nämlich die Herren Dr. Rabe und Dr. Holtzring aus Halle. Wenn das nicht jetzt, nun, dann hilft nichts mehr. Hoffentlich genügt Bauermeister freie Diskussion, damit es der überwiegend sozialdemokratischen Bevölkerung Eltenburgs möglich ist, ihre Ansichten den bisherigen Reichstags- Abgeordneten Bauermeister zu unterbreiten.

**Aus dem Kreise.**

**Berlin.** Die Verhaftung zweier Unteroffiziere des Garde-Kürassier-Regiments steht, wie das General-Kommando des Gardekorps dem J. Journal berichtet, mitteil, mit der Ermordung der Witte Gattin nicht in Zusammenhang. Es besteht auch nicht der mindeste Verdacht, daß jene Unteroffiziere oder überhaupt eine Militärperson an dem Verbrechen getheilten seien könnten. Die Behauptung, Witte Gattin habe am Abend vor der Verhaftung einen der Unteroffiziere in der Kantine besucht, sei unannehmlich.

**Thorn.** Bei dem Brande eines Hauses in der Jakobsvorstadt fanden in der Nacht zum 1. Juni fünf Personen den Tod in den Flammen. Ein Arbeiter mit Frau und Kind, sowie ein zweiter Arbeiter und sein zehnjähriges Kind. Eine Frau, die durch das Feuer auf die Straße sprang, verletzte sich schwer. Die Ursache des Feuers wird auf Brandstiftung zurückgeführt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

**Haben.** Nach dreitägiger Verhandlung wurde der Prozeß gegen den protestantischen Pfarrer Dr. Griesel wegen Verleumdung von 108 katholischen Priestern der Diözese Weß, des I. Wares, V. Quiller und mehrere katholischer Einwohner des Dorfes abschließend bis auf die Verhandlung des Urteils, die auf heute Freitag, 3. Juni, angelegt wurde, zu Ende geführt. Die Verhandlung gegen den protestantischen Pfarrer Dr. Griesel wurde am Abend vor der Verhandlung im Kleinen R. A. Saal (für die Rechtsanwältin) hielt eine Rede gegen den Protestantismus und den Katholizismus, wobei er häufig mit den Vorwürfen in Konflikt geriet, der ihm mehrfach mit Entgegnung des Wortes erwiderte und es ihm auch einmal entzog. Die Verhandlung ist so interessant, daß wir auf dieselbe in einem besonderen Artikel zurückkommen.

**Eingekandt.** Die Ordnungsparteien glauben uns Arbeiter für Herrn Dugend mit dem Hinweis einzufangen zu können, weil er Mitglied des Reichsvereins für die Arbeiter ist.

Mancher Arbeiter wird aber schon gefehen haben, wie mit einem beunruhigten Arbeiter, der wirklich mit dem Reichsvereinsangehörigen zu thun hatte, umzugehen wird. Es hilft sicher, wenn der Arbeiter zu der Rechte kommt, die ihn von Reich wegen aufzukommen! Darum Genossen, Arbeiter überlegt es Euch, wenn ihr am 16. Juni eure Stimme gebt!

Böses führen die Herren gegen uns Arbeiter im Schilde, sonst würden nicht die Konservativen und Nationalliberalen, die sich selber immer bekämpften, Sand in Hand geben. Wir bleiben bei unserem Fris Ruwert!

Auch einer der beunruhigten) und trotzdem nicht zu seinem Rechte kommen konnte.

**Leitung.** Zum **Reichstagswahlfonds:** Bei einer roten Spende in Eppin bürg, Schönbach aus Böhmen gefammelt 3.30 Mk. In der letzten Zeit in Böhmen gefammelt 2.50 Mk. Vom gemittelten Bächen 1.00 Mk. S. M. Böttcher 0.50 Mk. Für vier Wollentwürfe 0.40 Mk. Schabe. Aus Sammelbüchern zum Wahlfonds Rr. 178 12.45 Mk. von Brudersbrüder Genossen. Böhmer. Rr. 5. 0.20 Mk. Von den roten Käsen in Giebichenstein 2.00 Mk. Rr. Teufner. Es wird nicht gelohnt, sondern geteilt 2.00 Mk. Wir teilen und tippen nicht 1.00 Mk. Von gemittelten Schöpfung-Spielern im gelben Baum 1.32 Mk. Von gemittelten Schulhaus 0.12 Mk. Von der Sternkammer im Markt 1.00 Mk. An den Oberen nur Bräunen der Graspeilung 0.50 Mk. Von der Rantaler roten Gewatererschaft gefammelt in Barchen 8.00 Mk. Otto.

**Leitung aus Leipzig.** Für den Wahlfonds gehen ein: Aus Orlauf, Marie und Karl 8.00 Mk. Vom sahen Bödcher, Schützenstraße 0.70 Mk.

**Leitung aus Giebichen.** Im Monat April gingen auf Aktien bei mir ein: Auf Rr. 61 2.35, 62 2.65, 63 9.15, 64 0.40, 65 1.00, 66 \*\*, 67 2.60, 68 \*\*, 69 0.30, 70 1.50 Mk.

Bezeichnet gefammelt am gemittelten Tisch bei Frau Becker 1.00 Mk. Ueberhaupt vom Glas Bier der Freisinnpartei 1.10 Mk. Der Vertrauensmann.

Liste 66 und 68 steht noch aus und ersuche um baldige Ablieferung.

**Für das Gewerkschaftsstell:** Rr. 107 1.60 Mk. 108 4.55 Mk. Rane.

**Wriefschaften der Redaktionen.**

**Freisinniger.** Die alte Festschrift! Nun soll Ihnen in zehn Worten gesagt werden, was der Sozialismus ist. Das ist gerade so, als wollten Sie von einem Sprachlehrer verlangen, er solle Ihnen in einer halben Stunde französisch sprechen lehren. Unter Ziel ist die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel, damit hängt alles andere zusammen. Wenn Sie die Bedeutung dieser Forderung nicht verstehen, so liegt das nicht an mir, sondern an Ihnen. Bereiten Sie sich in das Wesen des Kapitalismus, das wir verstehen, das erkennen, daß alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch dem bestehen bleiben, wenn das freisinnige Programm bis auf den letzten Pfennig verworfen würde. Der freisinnige ist genau so sehr eine kapitalistische Partei wie jede andere. Bieleicht würde er, wenn er zur Herrschaft gelangte, ein wenig Geld in die Taschen der Armen stecken, damit sie weniger schmerzen, aber eine Situation der Armut würde er nicht und kann er nicht herbeiführen. Lesen Sie das Buch von Kantzig: Marx's ökonomische Lehren. Dann wird Ihnen die wirtschaftliche Unfähigkeit des freisinnigen klar werden. Sie erhalten das Buch in der Volksbuchhandlung Holzbergstraße 1.

R. in R. Allen aufmerksam machen Sie das Volksblatt nicht gelesen zu haben, sonst müßte Sie wissen, daß reichhaltige Steuern kein Grund sind, jemandem die Berechtigung zur Reichstagswahl zu entziehen.

**Frank.** Ja, wenn das meiste davon der Fall wäre! Aber die Freisinnigen sind nicht einverstanden mit den Wahlen, sondern sie sind der Besten Parteipolitik entnommen, die zum Zweck der Wahltagung vom Ministerium mit Mitteln gepulst wird. Wir haben ja gestern schon nachgewiesen, welche Schaden dahinter steht, mit den „aroben Offizieren“ der Unternehmern für die Arbeitervericherung prunkten zu wollen. Daß die Sozialdemokratie nur um demagogische Zwecke gefehmt hat, weiß ich noch mehr für die Arbeiter erzieht, sollte ich ebenso bekannt, als daß der mächtige Arbeiterverband seit Jahren keine Verbesserung der Gelege ausbehalten könnte. Auf den Kopf des Arbeiters entfällt übrigens pro Jahr bei der Kronenversicherung nur durchschnittlich 5 Mk. pro Kopf, bei der Unfallversicherung 3 Mk. und bei der Altersversicherung kaum 4 Mk. „Voll“. Zusammen macht die „Voll“ bemerkt nur so viel aus, was der Unternehmer in wenigen Tagen an jeden Arbeiter vertribt, ohne daß er der Finger kaum zu machen braucht.

R. in R. 100. Ja! Der Kuppel-Prozeß war aber gegen Frau Giller angedreht und Dehoff war als Zeuge gefehmt.

**Rechtlich.** Das Recht, das Wahllokal zu bestimmen, steht dem Wahlberechtigten des betreffenden Ortes zu. Bestimmungen deswegen sind an den Wahlkommissionen, den Vorschlag von Biele in Barchen, zu richten. Wenn auch als Wahllokal ein Privatraum des Wählers hätte, der als Kandidat nicht als gewählter Arbeiter beschäftigt, benutzt wird, so darf dies erst recht keinen Arbeiter abhalten sein Wahlrecht auszuüben. Gruß! W.

**Ständesamtliche Nachrichten.**

**Kolle.** den 1. Juni. Saure (Gießstraße 2). Der Kaufmann Berndt und Clara Müller (Wegscheide 14 und Weidenplan 20). Der Fleischer Schmidt und Emma Müller (Böcker Berlin 14 und Kleiner Sandberg 10). Der Schneider Heur und Anna Weiler (Gleichenstraße 3) und Weidenplan. Der Schneider Müller und Marie Grewent (Halle und Langengasse).

**Wahlkreise:** Der Gewerkschafts-Helmshof und Martha Geincke (Hatz 14 und Weidenplan).

**Geboren:** Dem Bauernmeister Hofmann eine T. (Schloßstraße 17). Dem Doctors Stiller eine S. (Wilmbergstraße 19). Der Lehrer Stier eine S. (Wilmbergstraße 6). Dem Bierbändler Schöne eine T. (Sophienstraße 21). Der Schuhmacher Krüger eine T. (Wilmbergstraße 11). Dem Schneider Löwe eine S. (Schloßstraße 13). Dem Kaufmann Rabe eine S. (Wilmbergstraße 24). Dem Fleischer Herzog eine S. (Wilmbergstraße 59). Dem Fleischermeister Grimm eine T. (Kandelstraße 10).

**Geboren:** Der Bäcker Müller, 68 J. (Wilmbergstraße 104). Der Schenkwirt Heide 60 J. (Halle). Dem Handwerker Schöne, Hermann, Wilmberg, 47 J. (Halle). Der Handwerker Stiller, 47 J. (Halle). Der Handwerker Stiller, 47 J. (Halle). Der Handwerker Stiller, 47 J. (Halle). Der Handwerker Stiller, 47 J. (Halle).

**Geblichenstein,** vom 26. bis 27. Mai. **Kolle:** Der Wärrner Jilling und Anna Berger (Halle und Weidenplan).

**Geboren:** Dem Eisenbändler Böcher eine T. (Schloßstraße 2). Dem Schneider Rabe eine T. (Schloßstraße 17). Der Lehrer Kopf eine T. (Hallestraße 49). **Geblichenstein:** 24. Handwerker Hermann, 8 J. (Wegscheide Gleichenstraße 57). Der Handwerker Bauer 48 J. (Hallestraße 11). Müller Weiler, 73 J. (Wilmberg). Der Handwerker Bauer 2, 3 Wilm. (Wilmbergstraße 10). Giebichenstein, 26. 3 (Wilmberg).

Siehe die Wriefschaften veranwortlich: H. Weiskamm in Halle!

**Markttaschen**  
— gute, haltbare Qualitäten —  
25.50, 25 Pf., 1.—, 1.50 1.75  
bis 3.— Mk.  
**C. F. Ritter**  
Leipzigstraße 90.

Der große Verkauf von **Resten** beginnt **Sonnabend den 4. Juni.** Kaufhaus **H. Elkan**  
Es gelangen nur Sachen aus der letzten Saison zum Verkauf und mache ich dieselben auf meine Schaufenster aufmerksamen.  
Die Restbestände in **Damen-Konfektion, Sonnen-Schirmen, Putz** Leipzigstraße 87.  
find zu bedeutend billigen Preisen herabgesetzt.



# Beilage zum Volksblatt.

Nr. 128

Halle a. S., Sonnabend den 4. Juni 1898.

9. Jahrg.

## Chronik auf das Jahr 1848.

3. Juni. Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt soll eine Kommission ein, um die Frage der Errichtung einer provisorischen Zentralgewalt für Deutschland zu prüfen. Diese Beratungen dauern während der ganzen ersten Hälfte des Juni.

Die durch die Pariser Februarrevolution geschaffene provisorische Regierung hatte, wie einmütig, dem Belangen der Arbeiter nachgegeben, das Recht auf Arbeit und die Organisation der Arbeit in ihr Programm aufgenommen. — Aber bald ist jedoch die Arbeit durch eine sozialistische Produktionsform einzuführen, wie ihr andererseits auch die Mittel fehlten, die in den allabend eingetragenen Ateliers nationaux anzuammeln. Die Arbeiter haben während der ersten Monate in den Nationalwerkstätten bereits weit über hunderttausend Mann, und die Zahl der dort Beschäftigten Belangen wurde infolge der Arbeitslosigkeit, die in den Monaten nach der Revolution in verächtlicher Weise ausgedrückt war, noch fortwährend an. Es war der Regierung weder möglich, genügende Arbeit für diese Massen zu beschaffen, noch die kolossalen Summen fortgesetzt aufzuwenden, die zur Bezahlung der in den Nationalwerkstätten Arbeitenden nötig waren. Auf den Bericht eines zur Prüfung der Nationalität eingewählten Ausschusses bezüglich dieser am 3. Juni ein Kommando eine sehr bedeutende Einschränkung der Nationalwerkstätten. An Stelle des bisherigen Angebots von zwei Franken pro Kopf sollte die Stadtkasse einbringen werden, sämtliche nicht fest einen haben Jahr in Paris wohnenden Arbeiter sollten entfernt und die Arbeiter vorwärts ziehen und fünfundsiebzig Jahren in das Militär geführt werden. Ferner sollte jeder Arbeiter, den anderwärts Beschäftigung gefunden wurde, verpflichtet sein, diese anzunehmen. Die dann noch übrig bleibenden Arbeiter sollte man in größere Bteilungen zerlegen und in verschiedenen Kolonien verweilen. Die Arbeiter der Nationalwerkstätten widersetzten sich diesen Plänen entschieden, und angesichts der steigenden Hungersnot wurde die Regierung nicht die geforderten Beschüsse auszuführen. Die Unruhen in der Arbeiterbevölkerung ließen jedoch von da ab nicht mehr nach und machten einen Schritt der Regierung mit dem Parlament immer unüberwindlicher. Benigne Absichten hätten sollte dieser denn auch in blühender Weise ausbrechen.

## Wie prügeln die „Herrschaften“ bestraft werden.

Mit einem schweren Sündenregister belastet, erschienen vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Chemnitz der Gutsbesitzer Fiedler, dessen Gehfrau, der Stiefsohn Volpert, sowie die ledige Tante. Sie sind sämtlich beschuldigt, den körperlich und geistig zurückgebliebenen 20jährigen Dienstboten Bohne während einer zweijährigen Dienstadt in einer großen Anzahl von Fällen körperlich schwer gemißhandelt zu haben. 28 Zeugen, teils früheres Dienstpersonal, das sehr oft wegen schlechter Behandlung den Dienst verlassen, teils Mitbewohner des Gutes und Nachbarn, der Gemeindevorstand, der Bezirksarzt u. s. w., waren geladen, die das Schuldlose der Angeklagten be- oder entlasten sollten. Die Aussagen der einzelnen Zeugen hier aufzuführen, würde zu weit führen. Obwohl für eine Anzahl Fälle die Beweise nicht klipp und klar geführt werden konnten, so erachtete die Staatsanwaltschaft die Angeklagten der wiederholten schweren und leichten Körperverletzung für vollständig überwiegen und beantragte, namentlich gegen die Frau Fiedler und den Stiefsohn Volpert die volle Strenge des Gesetzes in Anwendung zu bringen.

Zurechnung sei der bemitleidenswert Bohne schwer gemißhandelt worden, fortgesetzt habe man durch Drohung mit dem Gehsamt und dem Arbeitsausgang ihn zur Arbeit angetrieben, den körperlich und geistig zurückgebliebenen 20jährigen, gegen nur geringen Lohn beschäftigten Menschen so eingeschüchtern, daß er tatsächlich volle zwei Jahre diese Mißhandlungen über sich ergehen ließ, während nachgewiesen worden, daß das andere Dienstpersonal sehr oft gewechselt, oft nur einige Tage ausgehalten und lieber Lohn im Tische gelassen habe, um nur aus dem schrecklichen Dienstverhältnis zu kommen. In der herabgesetzten, unarmenwürdigen Weise sei Bohne zu größerer Arbeitsleistung angetrieben worden, schließlich aus Gewinnsucht. Trotzdem alle vier Beschuldigten selbst angeklagt, daß Bohne nicht widerprüflich gewesen, hätten doch alle vier Angeklagten fortgesetzt auf demselben herumgetrommelt. Wenn die Angeklagten auch in allen Punkten leugneten, so hätten sie doch alle zugestanden, den bedauernswerten Menschen „gedrückt“ zu haben. Es habe keiner Dienstherrschafft das Recht zu, über 17 Jahre alle Dienstherrschaffen zu züchtigen. Alle drei seien durch die Beweisnahme der wiederholten, teilweise sogar mit gefährlichen Werkzeugen vollzogenen Körperverletzung überführt, die Zeugen seien glaubhaft, er beantrage deshalb die Verurteilung auf Grund der Anklage.

Die Verteidigung suchte die Sache in etwas milderer Form erscheinen zu lassen und beantragte in einigen Fällen Freisprechung, anderenfalls leichte Strafen. Nach über zweistündiger Beratung verhandelte der Vorsitzende folgendes Urteil: Fiedler wird wegen einfacher Körperverletzung in zwei Fällen zu 15 W., die Frau Fiedler wegen einfacher Körperverletzung in drei Fällen und wegen schwerer Körperverletzung in sieben Fällen zu 160 W., Volpert wegen einfacher Körperverletzung in neun Fällen und wegen schwerer Körperverletzung in zwei Fällen zu 180 W., und die ledige Tante wegen einfacher Körperverletzung in acht Fällen und wegen schwerer Körperverletzung in einem Falle zu 105 W. verurteilt, sämtliche Angeklagten aber wegen verschwiebener nicht vollständig klarer Beschuldigungen freigesprochen. — Wir wollen aus ganz naheliegenden Gründen es unterlassen, dieses Urteil zu kritisieren. Es spricht für sich!

## Legesgeschichte.

Abelige und bürgerliche Offiziere. Nach der neuen Rang- und Quartierliste sind die 8 Generalsoldatschäfte sämtlich abelig. Von 72 Generalen ist nur einer, der Generalquartiermeister Oberhoffner, bürgerlich. Von 77 Generalleutnants sind 11 bürgerlich. Nach der Hoff. Bz. ist der Prozentsatz der bürgerlichen Generalleutnants, der vor 3 Jahren 17,3, vor 2 Jahren 15,6 und im vorigen Jahre 15,3 betrug, auf 14,3 Prozent zurückgegangen. Unter den 162

Generalmajors sind 44 bürgerlich. In der gesamten Generalität sind 56 Bürgerliche vorhanden gegen 57 im Vorjahre. Der Anteil der Bürgerlichen beträgt 17,5 Prozent gegen 22,5 im Jahre 1892. Von den 224 Obersten der Infanterie sind 86 bürgerlich, von den 66 Obersten der Kavallerie nur 5, von den 50 Obersten der Feldartillerie 33, von den 9 Obersten der Fußartillerie 8, von den 11 Obersten der Ingenieurtruppen 10 und von den 12 Obersten der Genieartillerie 6. Es ist bekannt, daß ein Artillerie- oder Ingenieur-Offizier wesentlich mehr und tiefere Kenntnisse besitzen muß, als ein Kavallerie-Offizier. Die beiden Truppenkörper sind bürgerlich. Die Zahl der Regimenter, die ein bürgerliches Offizierskorps besitzen, ist seit dem Vorjahre von 30 auf 33 gestiegen. Bei der Garde Infanterie stehen im ganzen nur 10 bürgerliche Offiziere, noch einer weniger als im Vorjahre. Die Zahl der Regimenter, die nur abelige Soldatenleutnants haben, beträgt außer den 33 ganz abeligen Regimenten 14 gegen 17 im Vorjahre. Die Zahl der Regimenter, die nur bürgerliche Soldatenleutnants haben, ist gegen das Vorjahr von 20 auf 15 zurückgegangen.

Die Gesamtheit der deutschen See-Offiziere beträgt nach dem hohen herausgegebenen Katalog zur Rangliste der deutschen Marine gegenwärtig einschließlich der Admirale 740 gegen 747 im November und 709 im Mai v. J. Vor 3 Jahren waren im Frühjahr 641 See-Offiziere vorhanden, so daß ihre Zahl sich seitdem um 99 oder 15,4 Proz. vermehrt hat. Dazu treten noch 12 Offiziere à la suite der Marine, 6 à la suite res. See-Offizierkorps und 25 Offiziere „D“ in aktiven Dienststellungen. Seefahrten sind 186 (im Vorjahre 179), Kadetten 108 (81) vorhanden.

Menschenfresser giebt es im Hinterlande von Kamerun. Der Madassam am Ufer der Sanaga soll Menschenfleisch allen anderen Speisen vorziehen, welcher Umstand auch einem schwarzen Soldaten der deutschen Expedition das Leben kostete. Am 11. Januar 1898, auf dem Marsche von Ngolo nach einem Lagerplatz, blieb der Betreffende, trotz wiederholter Ermahnung am Ende der Marschkolonne fast hundert Schritte zurück. Als gegen Mittag ein fetter Wald passiert wurde, wurde der Soldat von Eingeborenen von rückwärts mit einem Speer erstochen. Es gelang jedoch die Leiche zu retten.

## Ausland.

Belgien. Die tote Hand. Die Zahl der Rüstler wächst mit jedem Jahre, und das kleine Belgien besitzt gegenwärtig 30 000 Diebe, Mönche und Nonnen. Der Wert der den belgischen Rüstern gehörigen Immobilien betrug im Jahre 1846 642 Millionen, im Jahre 1895 aber 1657 Millionen Franks und ist also innerhalb 50 Jahren um eine Milliarde und 15 Millionen Franks gestiegen. Das heißt, schon im Jahre 1895 besitzen die belgischen Rüstler ein Vermögen von 1657 Millionen Franks des ganzen Landes. Und seitdem ist die Zahl und das Vermögen der Rüstler gewaltig gestiegen. Kein Wunder also, wenn der Papst Leo XIII. stets jene besondere Vorliebe für Belgien bekundet. Auch die Kirche liebt Reichtum und Macht. Der arme Lazarus ist ein verlassenes Kind, den man gelegentlich als Beschäftigungsmittel dem armen Teufel überläßt.

## Wahlkampf.

Die geistigen Waffen der Versammelten. Wahlversammlungen mit Koncert, das ist die neueste Erscheinung der diesmaligen Wahlbewegung. Die Einladung zu einer nationalliberal-fortschrittlichen Wählerversammlung in Duisburg lautet im Wortlaut:

1. Jubel-Quartett von Bach.
2. Schöffensprecher: Herr Hauptlehrer Olmesdahl.
3. „Es liegt eine Krone“, Bariton-Solo.
4. Kaiserlied: Herr Kaufmann Karl Schörrer.
5. Heil dir im Siegerkranz.
6. Romantische Phantasie von Bizet.
7. Rede des Generalsekretärs der nationalliberalen Partei Herr C. A. Pöhlgen aus Berlin.
8. Ich hab' mich ergeben.
9. Kaiser-Quartett von Garenin.
10. „Weierlied“, Bariton-Solo.
11. Schlusswort: Herr Fabrikbesitzer R. Curtius.
12. Deutschland, Deutschland über alles.
13. Soldateska Polpoari von Seibenglan.
14. Deutscher Reichslieder-Marsch von Friedemann.

Meist kann der Wähler für freies Entree genüsslich mitverlangen. Was hier geboten wird, geht noch über die wissenschaftlichen Wahlvorträge. Nur der Tanz fehlt noch als würdiger Abschluss dieses Wahlprogramms, vermutlich aber haben als Ersatz dafür die nationalliberalen Redner den gewöhnlichen politischen Vortrag vorgezogen. Besonders passend scheint uns die Nummer 8 des Programms ausgewählt zu sein; auf die Rede des Herrn Pöhlgen werden wohl alle mit vollster Ueberzeugung in den Vers eingestimmt haben. „Ich hab' mich ergeben.“ Man kann von dieser Abwechslung in den Wahlveranstaltungen sehr nach Schiller sagen: „Wenn gute Lieder sie beglücken, dann fließt die Rede munter fort.“

## Höherer Schwindel.

Konervative und liberale Blätter veröffentlichten jetzt einen Artikel über die „Wohlfahrten der deutschen Arbeiter-Versicherung.“ Es werden darin die seit 1885 von den Krankenkassen, für Unfallversicherungen und an Alters- und Invalidenrenten gezahlten Beträge aufgeführt, um damit zu beweisen, wie gut es doch die liebe Regierung und die herrschenden Parteien mit den Arbeitern meinen und wie nur die „arbeiterfeindliche“ Sozialdemokratie die „Segnungen“ der Sozialgesetzgebung leugnet. Diese Beweisführung ist bequem. Man hätte aber mit noch mehr Milliarden herumwerfen

können, wenn man nicht bloß die obigen „Segnungen“ siffermäßig festlegte, sondern gleich den gesamten Arbeitslohn als Gehalt an die Arbeiter hinstellte. Man mag 22 Mill. Arbeiter und Arbeiterinnen annehmen, mit durchschnittlich je 600 Mark Jahreslohn. Wir erhalten dann ein jährliches „Gehalt“ an die Arbeiter in Höhe von 7200 Mill. M. und in 13 Jahren ein solches von fast 100 Milliarden. Warum magt man es nicht so? Da dieser Lohn noch besser, und die Einküstenlohn werden sich vor jeder hohen Gehaltsschiff noch williger einfinden lassen. — Doch im Ernst: Mit solchen rechtlichen Maßgaben sangt man keinen Arbeiter mehr ein. Jeder Arbeiter weiß, daß er ist, für die ganze Summe bezahlt und daß die Kapitalisten durch die zwei Milliarden, die sie seit 1885 an die Arbeiter „geholt“ haben sollen, nicht um einen Pfennig ärmer geworden sind, daß sie kein Zota weniger Einkünfte bezahlt haben. Die fortschrittlichen Rechtskämpfer werden sich eben an den Gehalt gewöhnen müssen, das das Volk nicht mehr so dumm ist, wie es nach dem Wunsche der Gutgeplanten sein möchte. Und das „Gehalt“ Erpmet sich erst recht nicht mehr.

## Es giebt noch Humor im Wahlkampf.

Was da kürzlich im Braunschweigischen eine Verammlung der Welfen. Ein biederes Bauerlein präsierte und der Kandidat, ein wichtiger Graf, stieg zum Volke herab, um sein lein Gevangelium zu verkünden. Aber kaum hatte er geendet, als auch schon ein sozialdemokratischer Redner die geistlichen Ausführungen unter dem Vorfall der ganzen Verammlung zerlegte und zerstückte und den sozialdemokratischen Kandidaten erspöhte. Die Ausführungen unseres Gevangelien verließen selbst auf den Vorstehenden ihre Wirkung nicht. Denn kaum hatte der Redner sich geendet, als der Vorstehende der Verammlung den Vorfall zu lassen, den sozialdemokratischen Redner — hochleben zu lassen. Und ohne ein Einwand möglich war, brauchte auch schon das Hoch durch den Saal. Der Herr Graf machte ein launiges Gesicht, verzichtete auf jede Wiederrede und zog kopfnuglos von dannen.

## Es ist doch alles möglich.

Im hellen Sonnenlicht rüber ein Urteil gefällt worden, das man mit Kopfschütteln vernommen wird. Es handelt sich um die Klammation der der Jubiläumfeier des Königs Albert. In dem Schwaben Limbach hat ein gewisser Herr Wirtler seinen Willen bei der Wahl benutzte, weil der Richter die anständigsten Kandidaten ohne sein Wissen und seinen Willen auf seine Fenster gestellten Tafelgräbern angeordnet hatte. Man sollte nicht den demagogischen Herrn Wirtler, aber sein Verstand hätte es für möglich gehalten, daß wegen der Sache des Wirtler der Prozeß gemacht werden würde. Aber in Schwaben ist kein Ding ungeschicklich; bereits am Mittwoch sah der Schwaben- und der Anhaltungs- und des Schöffengerichts Limbach um sich wegen Sachbeschädigung und groben Ungehorsam zu verurteilen. Es verlorb sich wirklich die jährliche Erziehungsbekanntmachung zu schicken, weil nach dem Bericht eines hiesigen Brauereibesitzer zum. Der Wirtler hat sich zum Schluß des Jahres 1897 in Limbach, im Schwaben, die Tafelgräbern umgekippt und angeordnet zu haben. Er glaubte dies zu berechtigt zu sein, weil der Wirt, ohne ihn zu fragen, die Lampen aufgestellt, ihn dabei aber gerührt habe, an einer Fier teilzunehmen, an der er prinzipiell nicht teilnehmen wollte. Es habe bei ihm Vergnügen erregt, daß sich der Wirt so etwas erlaube und nachdem er es erfahren, sei er nach Hause gegangen und habe eben die Lampen vertrieben. Er hätte weiter aus, daß es sich jedenfalls ein Patriot aus nicht gefallene liebt, wenn ein sozialdemokratischer Kandidat seinen Kandidat gegen sozialistische Wirtler gegenständig der Wirt, Marg oder Hofmeister ungeschicklich kämpft an ihre Fenster legen würde.

Herr: Sind diese Ausführungen für eigenes Machwerk?

Angell: Jawohl.

Herr: Ich glaube es nicht. Im übrigen ist eine National- oder Wahlfeier nicht mit einer Monarchenfeier gleich zu verwechseln.

Weiter bemerkt der Vorsitzende, daß Sped nicht berechtigt gewesen sei, so zu handeln. Er hätte doch froh sein können, daß ihm der Wirt die Arbeit des Jubiläumlers abgenommen habe. Auch hätte er ein Vergnügen erlangen können. Der Wirt hat mich in aus nicht gefallt. Unter diesen Umständen bin ich genötigt, nach der Vereinbarung aus Straf- antrag gegen Wirtler zu stellen.

Herr: Das ist Ihre Sache. Sind Sie Sozialdemokrat?

Angell: Jawohl!

Die Frau Wirtler, Tochter des Hauswirts, behauptet, sie habe am Haus gestanden, der Festtag sei imsonne gewesen, da sie Sped gefangen und habe mit dem Lohndiener in der Hand nach dem Lampen geschlagen. Dabei seien einige derselben heruntergefallen. Bei ihr selbst habe diese Handlungsworte Vergnügen erregt und sie habe zu Sped gesagt: Sie ordinäre Wirtler, ich mag Sie nicht!

Herr: Hat der Angeklagte hierauf etwas gesagt?

Angell: Nein! Aber von Jusufiam habe jemand gedeutet: Das ist eine Gemeinheit! (Wichtig: Handlung war damit gemeint?)

Herr: Hat der Vater die Wirtler gefragt?

Angell: Ja! Nur Sped habe ich nicht gefragt, weil Sped noch die letzte Rede gehalten habe, er ist also nicht zu besonderen Aussagen veranlassen wollte.

Herr: Was hat der Vater den Sped herausgesprochen?

Angell: Man sieht den Vater den Sped herausgesprochen ohne Handlung auszuweisen, er sei aber nicht ausgezogen.

Der Herr Wirtler hat beantragt die Beschuldigung antragsgemäß anzunehmen.

Herr: Hat er Anklage noch etwas an seiner Beschuldigung angehängt?

Angell: Jawohl! Ich bin der ...

Herr: Halten Sie nicht etwa eine Volkstunde?

Angell: Ich beantrage meine Freisprechung, da ich nicht gefragt wurde, ich will also in meinen Schwaben verbleiben.

Das Urteil lautet: Der Angeklagte wird wegen Sachbeschädigung nach § 303 und wegen Vergehens gegen § 360, Abs. 1 in 5 Tagen Gefängnis vollstrecklich verurteilt. Es ist zu erwirken, daß der Angeklagte bei der am 24. April festgesetzten allgemeinen Klammation kurz vor dem Aben des Festtages die Festung verlassen und nach dem Ort der Klammation zu gehen.

Die Klammation wird wegen Sachbeschädigung nach § 303 und wegen Vergehens gegen § 360, Abs. 1 in 5 Tagen Gefängnis vollstrecklich verurteilt. Es ist zu erwirken, daß der Angeklagte bei der am 24. April festgesetzten allgemeinen Klammation kurz vor dem Aben des Festtages die Festung verlassen und nach dem Ort der Klammation zu gehen.

Die Klammation wird wegen Sachbeschädigung nach § 303 und wegen Vergehens gegen § 360, Abs. 1 in 5 Tagen Gefängnis vollstrecklich verurteilt. Es ist zu erwirken, daß der Angeklagte bei der am 24. April festgesetzten allgemeinen Klammation kurz vor dem Aben des Festtages die Festung verlassen und nach dem Ort der Klammation zu gehen.

Die Klammation wird wegen Sachbeschädigung nach § 303 und wegen Vergehens gegen § 360, Abs. 1 in 5 Tagen Gefängnis vollstrecklich verurteilt. Es ist zu erwirken, daß der Angeklagte bei der am 24. April festgesetzten allgemeinen Klammation kurz vor dem Aben des Festtages die Festung verlassen und nach dem Ort der Klammation zu gehen.

Die Klammation wird wegen Sachbeschädigung nach § 303 und wegen Vergehens gegen § 360, Abs. 1 in 5 Tagen Gefängnis vollstrecklich verurteilt. Es ist zu erwirken, daß der Angeklagte bei der am 24. April festgesetzten allgemeinen Klammation kurz vor dem Aben des Festtages die Festung verlassen und nach dem Ort der Klammation zu gehen.

Die Klammation wird wegen Sachbeschädigung nach § 303 und wegen Vergehens gegen § 360, Abs. 1 in 5 Tagen Gefängnis vollstrecklich verurteilt. Es ist zu erwirken, daß der Angeklagte bei der am 24. April festgesetzten allgemeinen Klammation kurz vor dem Aben des Festtages die Festung verlassen und nach dem Ort der Klammation zu gehen.

Die Klammation wird wegen Sachbeschädigung nach § 303 und wegen Vergehens gegen § 360, Abs. 1 in 5 Tagen Gefängnis vollstrecklich verurteilt. Es ist zu erwirken, daß der Angeklagte bei der am 24. April festgesetzten allgemeinen Klammation kurz vor dem Aben des Festtages die Festung verlassen und nach dem Ort der Klammation zu gehen.

**Holländische und Gerichte.**

Wegen Vollziehung der Bestimmung des Amtesvertrages... Die Bestimmung des Amtesvertrages... Die Bestimmung des Amtesvertrages...

**Arbeiterbewegung.**

Bei der Gewergerichtsverhandlung in Rathenow wurden die Kandidaten unserer Gewerkschaft einstimmig gewählt... Der Streik der Weber in der Wollweberei...

**Ausland.**

Frankreich. Streiks im April. Das Arbeitsamt verzeichnet im April 1898... Die Arbeiterbewegung in Belgien... Die Arbeiterbewegung in England...

**Provinzielles.**

Reich. Gewergerichts-Sitzung am 1. Juni. Vorherrschend über die Arbeiter... Die Arbeiterbewegung in den Provinzen...

dem „in Staatstheater“ ein Blatt unter ihnen ausgeben... Die Arbeiterbewegung in Hamburg...

Yebes Blatt, das dem E. M. erstellt, den zu tabeln ihm nicht erlaubt... Die Arbeiterbewegung in Hamburg...

**Allgemeine Krankheits- und Sterbekasse der Metallarbeiter G. S. Nr. 29, Hamburg, Zentrale Halle a. S.**

Manneim, den 1. Juni 1898. 3. Sitzung. Die Kasse wurde am 1. Juni eröffnet... Die Kasse wurde am 1. Juni eröffnet...

**Erste Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands**

am Pfingstmontag, den 30. Mai 1898, in Frankfurt a. M. im Restaurant „Zum Römer Eck“. Anwesend sind 9 Delegierte aus Breslau, Leipzig, Frankfurt a. M., Nürnberg, Berlin, Weimar und Jena...

**Erste Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands**

am Pfingstmontag, den 30. Mai 1898, in Frankfurt a. M. im Restaurant „Zum Römer Eck“. Anwesend sind 9 Delegierte aus Breslau, Leipzig, Frankfurt a. M., Nürnberg, Berlin, Weimar und Jena...

Diese Entscheidung entspricht in vielen Punkten denjenigen... Die Arbeiterbewegung in Hamburg...

**Verhandlungsgegenstand „Statutenänderung“**

wird beschlossen: Der Sitz des Verbandes in Hamburg zu belassen... Die Arbeiterbewegung in Hamburg...

**Verhandlungsgegenstand „Statutenänderung“**

wird beschlossen: Der Sitz des Verbandes in Hamburg zu belassen... Die Arbeiterbewegung in Hamburg...

**Verhandlungsgegenstand „Statutenänderung“**

wird beschlossen: Der Sitz des Verbandes in Hamburg zu belassen... Die Arbeiterbewegung in Hamburg...

**Vermischtes.**

Wie ein hessischer Minister entlassen wird. König... Die Arbeiterbewegung in Hamburg...

**Eingefandt.**

Folgendes Gespräch hörte ich heute von einer Ordnungshilfe... Die Arbeiterbewegung in Hamburg...

**Briefkasten der Redaktion.**

F. M. Wir können Ihnen nur wiederholt sagen: Es ist müßig... Die Arbeiterbewegung in Hamburg...

**Staadessämliche Nachrichten.**

Halle, den 31. Mai. Die Arbeiterbewegung in Hamburg... Die Arbeiterbewegung in Hamburg...